

(Berichterstatter Vizepräsident Oberbürgerm. Geh. Rat Dr. **Beutler**.)

(A) den, ist eine Folge der aller fünf Jahre vorzunehmenden Volkszählung. Sie ist kaum fertig, da geht es ja schon wieder los mit der Volkszählung, so daß wahrscheinlich schon im nächsten Budget wieder einige Kosten für die künftige Zählung gefordert werden müssen.

Daß dann weiter 60000 M. bei Kap. 80 und 4000 M. bei Kap. 92 für Beteiligung der sächsischen Behörden und der sächsischen Technischen Hochschule an der im nächsten Jahre stattfindenden Bauausstellung in Leipzig gefordert werden, entspricht ja nur der Natur der Dinge. Denn es ist unmöglich, daß wir eine große internationale Bauausstellung im sächsischen Gebiete haben, ohne daß sich dabei die beteiligten Ressorts der Staatsverwaltung mit betätigen und zeichnen. Unsere Hochbauverwaltung hat also Anlaß, hierbei auch aufzutreten, wie naturgemäß auch die Technische Hochschule. Ihre Deputation kann also nur die Bewilligung dieser Mittel vorschlagen.

Es ist dann eine Konsequenz aus einem Gesetze gezogen worden, das noch gar nicht verabschiedet ist und über dessen Zustandekommen noch einiges Dunkel schwebt, nämlich aus dem sog. „Leichengesetze“ — gestatten Sie, daß ich es auch so kurz bezeichne, wie es jetzt genannt wird. Es sind 12000 M. gefordert zu Vorrichtungen in der Anatomie Leipzig, um eine größere Anzahl Leichen gut und sicher, kalt und unverfehrt, aufbewahren zu können.

(B) Ich hoffe, daß dieses Gesetz, obwohl jetzt eine Differenz zwischen beiden Häusern besteht, noch zustande gebracht wird. Dann wird die Ausgabe sicher notwendig sein, und deshalb schlage ich Ihnen heute schon die Bewilligung vor.

Bei Kap. 96 werden 30000 M. mehr gefordert für die Ausgaben, die sich immer noch steigend notwendig machen für die Anstellung von Lehrern für Fachwissenschaften in den Fortbildungsschulen. In den größeren Städten ist das schon längst durchgeführt. Aber auch in den kleineren Gemeinden macht sich mehr und mehr eine Bewegung geltend, die Fortbildungsschulen zu Fachschulen auszubilden. Ich will auf das Thema Trennung von Fortbildungsschule und Fachschule heute nicht eingehen, aber man muß es als berechtigt anerkennen, daß die Schüler auch in den Gemeinden, die überhaupt besondere Fachschulen wegen der geringen Zahl, die in Betracht kommt, gar nicht bilden können, in den Fortbildungsschulen möglichst fachlich ausgebildet werden. Das kostet natürlich Geld für Lehrkräfte, Lehrer, Lehrmittel, das aufzubringen die Gemeinden zum Teil nicht imstande sind, und deshalb fordert das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichtes eine Erhöhung des Beitrags um 30000 M., die wir Ihnen hier zur Bewilligung vorschlagen.

Es ist weiter eine Ausstellung auch in Dresden dieses (C) Jahr wieder einmal in Aussicht, und zwar eine nur kurze Zeit dauernde sogenannte Zeichenausstellung. An dieser Zeichenausstellung sollen sich auch die staatlichen Institute beteiligen. Es findet ein internationaler Kongreß mit einer Ausstellung statt, und es werden dafür 3000 M. gemeinjährig gefordert, die auch von der Deputation als angemessen betrachtet und Ihnen zur Bewilligung empfohlen werden.

Endlich ist in Kap. 106 das Gesandtschaftsgebäude in Berlin erwähnt und hervorgehoben worden, daß dort eine Reparatur an der Zentralheizung notwendig ist. Wir können jedenfalls unseren Gesandten nicht frieren lassen und wollen ihm gern diese Mittel bewilligen, um die Zentralheizung instand und in Ordnung zu bringen. Die Deputation schlägt deshalb auch hier die Bewilligung vor.

Ich empfehle Ihnen, die Anträge der Deputation, die in Drucksache Nr. 408 enthalten sind, zu genehmigen.

Präsident: Wünscht jemand das Wort? — Se. Excellenz Herr Dr. Mehnert!

Wirkl. Geh. Rat Dr. **Mehnert**, Excellenz: Da in dem vorgelegten Dekret auch eine Einstellung für Kap. 96, Volksschulen, enthalten ist, nehme ich Veranlassung, auf etwas hinzuweisen, was weite Kreise unseres Landes neuerdings beunruhigt. In einigen Bezirken machen sich (D) geltend im Anschluß an die Herausgabe des in Berlin erscheinenden „Volkserziehers“, einer Zeitschrift für Vertiefung von Unterrichtserteilung, freie Vereinigungen von Lehrern, die ihre Zusammenkünfte als Versammlungen von Volkserziehern halten. Diese Versammlungen haben es angeblich auch mit der Weiterbildung der Lehrerschaft zu tun. Man scheint anzunehmen — und deshalb möchte ich die Warnung jetzt ergehen lassen, leider ist aber kein Herr vom Kultusministerium augenblicklich zugegen —, daß es sich bei diesen Volkserziehern etwa handelte um eine auf gut christlichem Standpunkte stehende Vereinigung. Ich muß daher, um die Warnung wenigstens einigermaßen zu begründen, in wenigen Worten darauf eingehen — das Material ist mir erst heute vormittag zugegangen —, daß die Zeitschrift „Der Volkserzieher“ keineswegs eine Zeitschrift für Vertiefung der Unterrichtserteilung ist und auch der Ausdruck „Volkserzieher“ in diesem Falle nichts zu tun hat mit dem Ausdruck „Lehrer“. Der „Volkserzieher“ ist nichts anderes als das Propagandaorgan einer seit Jahren im stillen, neuerdings auch öffentlich wirkenden religiösen Sekte, die sich mit verschiedenen Bezeichnungen benennt: „Deutschreligiöse Gemeinschaft“, „Volkserzieher“, „Hermannsbund“, „Upländer“, „Ermenbund“, „Armanenschaft“, „Die vom